



BÜRGERBETEILIGUNG MIT ZUFALLSAUSWAHL

Das Zufallsprinzip als Garant einer vielfältigen
demokratischen Beteiligung: ein Leitfaden für die Praxis





Losverfahren in der Politik haben eine lange Geschichte

Von der Antike bis ins 18. Jahrhundert kamen Losverfahren bei der Besetzung von Ämtern und Regierungen zum Einsatz, um Vetternwirtschaft vorzubeugen, aber auch, um Bürger zum Dienst am Gemeinwesen zu verpflichten.

Inzwischen wird die Zufallsauswahl immer öfter bei Bürgerbeteiligungen praktiziert

Erst in den 1970er Jahren wurde das Losverfahren wiederentdeckt, um bürgerschaftliches Engagement zu organisieren und die Gruppe der Personen, die über eine Frage oder ein Problem berät, zufällig und repräsentativ zu bestimmen.

Das Zufallsprinzip garantiert eine hohe Legitimation

Die Akzeptanz einer Bürgerempfehlung ist deutlich höher, wenn das Bürgerbeteiligungsprojekt allen Bürgerinnen und Bürgern dieselbe Chance zur Teilnahme einräumt, wenn die Zusammensetzung der Bürgergruppe repräsentativ bzw. vielfältig ist und wenn dadurch Unabhängigkeit vermittelt wird. All diese Vorteile gewährt die Zufallsauswahl.

Die Zufallsauswahl eignet sich für alle Themen auf allen Ebenen

Besonders eignen sich Losverfahren auf nationaler und europäischer Ebene, wenn so viele Bevölkerungsgruppen wie möglich einbezogen werden sollen. Bei emotional aufgeladenen Debatten ist Unabhängigkeit das entscheidende Plus.

Die Vorteile lassen sich nur in Kombination mit deliberativen Beteiligungsverfahren realisieren

Die Gruppe der ausgewählten Bürgerinnen und Bürger muss begleitet werden: Die Organisatoren bzw. Moderatoren stellen den Teilnehmern ausreichende Informationen bereit und ermöglichen eine Diskussion auf Augenhöhe mit einem Austausch von Argumenten. Sie sorgen zudem für ein Ergebnisprotokoll.

Die Zufallsauswahl erfordert eine umsichtige Vorbereitung

Die Auswahl der Bürgerinnen und Bürger ist Teil des gesamten Beteiligungsprozesses und bedarf frühzeitiger Planung: Methoden der Zufallsauswahl, Festlegung der Grundgesamtheit, eventuell Quotierung und Gewichtung einzelner Gruppen.

Bürger wollen wertgeschätzt werden

Ob sich genügend Bürger engagieren, hängt von der Relevanz des Themas ab. Überzeugend wirken jedoch auch informative Einladungen auf geeignetem Weg, eine persönliche Ansprache sowie Anreize zur Teilnahme.

Mit der ersten Ziehung ist es selten getan

Nach Zufallsauswahl und Rekrutierung ist die Gruppe selten bereits vollständig, ausgewogen und vielfältig. In der Regel muss nachgearbeitet werden. Diese Qualitätskontrolle ist wichtig für den Gesamterfolg der Beteiligung.

Inhalt

Einführung	5	PRAXISBEISPIELE	
		Die Zufallsauswahl in der Bürger- beteiligung von der Kommune bis Europa	15
GRUNDLAGEN		Stadt Kiel, 2016 – 2017	15
Die Zufallsauswahl als Instrument in Beteiligungsprojekten	6	Kommunalreform Rheinland-Pfalz, 2008	16
Was ist eine Zufallsauswahl?	6	Bürgerforum 2011: Zukunft braucht Zusammenhalt	17
Hohe Qualität und Legitimation	6	Bürgerdebatte über Raumfahrt für Europa, 2016	18
Erfolgsfaktoren	6	Kosten: Die vier Beispiele im Vergleich	19
Varianten: vom reinen Los bis zur festen Quote	7		
		Anhang	20
BEISPIELE		Übersicht: Anreize und unterstützende Maßnahmen zur Rekrutierung	20
Die Zufallsauswahl von der Antike bis zur Gegenwart	8	Musterdokumente: Gesprächsleitfaden BürgerForum 2011	21
Der Rat der 500 in Athen	8	Anschreiben am Beispiel Citizens' Debate on Space for Europe	24
Die Dogen von Venedig	8	Literatur und Links	25
Wiederbelebung der Idee für die repräsentative Demokratie	8	Die Mitglieder der „Allianz Vielfältige Demokratie“	26
Erfolgreiche Umsetzungen in der modernen Bürgergesellschaft: Belgien, Irland, Frankreich	9		
Die drei Standardmethoden der Zufallsauswahl im Vergleich	10		
PRAXIS			
Die Zufallsauswahl umsichtig geplant und erfolgreich umgesetzt	11		
Zeitplanung	11		
Vorbereitung: Methode, Gesamtheit, Quoten, Ziehung	11		
Umsetzung: Einladung, Rekrutierung	12		
Qualitätskontrolle: Nachjustierung	14		

Einführung

Die Zufallsauswahl ist Teil unseres Alltags. Soll eine Entscheidung neutral und unbestechlich sein und absolute Chancengleichheit gewährleisten, dann entscheidet oftmals das Los. Im Fußball wird per Losverfahren bestimmt, welche Mannschaft den Anstoß ausführt, wer die Seitenwahl hat oder welches Team ein Elfmeterschießen beginnt. Die Paarungen in Pokalwettbewerben vieler Sportarten werden ebenso gelost; auch bei der Ziehung der Lottozahlen oder beim Bingo bestimmt der reine Zufall das Ergebnis.

Das Losverfahren kommt jedoch nicht nur bei Sport und Spiel zum Einsatz. So werden in vielen Ländern die Schöffen, die als Laienrichter oder Geschworene in Gerichtsprozessen beteiligt sind, per Los ausgewählt. Den zufällig bestimmten Bürgerinnen und Bürgern* kommt erhebliche Verantwortung zu: Sie haben über Schuld oder Unschuld eines Angeklagten zu befinden, in manchen Rechtssystemen sogar über Leben und Tod. In der Antike und im Mittelalter wurden hohe Ämter in Regierung und Verwaltung per Zufallsauswahl besetzt, um Korruption und Vetternwirtschaft auszuschließen.

* Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir in diesem Dokument nicht durchgehend die männliche und weibliche Form. Selbstverständlich sind immer beide Geschlechter gemeint.

Heutzutage ist das Losverfahren fester Bestandteil von Bürgerbeteiligungen. Per Zufallsauswahl haben sich in den vergangenen Jahren in Deutschland und anderen europäischen Ländern Bürgerinnen und Bürger zusammengefunden, um Vorschläge zu Verfassungsfragen, Kommunalreformen, Stadtentwicklung oder Raumfahrtprojekten zu erarbeiten. Politik und Verwaltung setzen zunehmend auf dieses Instrument, um partizipative Verfahren auf eine breite Grundlage zu stellen, möglichst alle Bevölkerungsgruppen einzubinden und so Entscheidungen zu höherer Qualität und Akzeptanz zu führen.

Ziel dieses Leitfadens ist es, Orientierung und Hilfestellung zu bieten für die Planung von Bürgerbeteiligungen. Auf der Basis der langjährigen Erfahrung des Autors und der Herausgeber (siehe Information auf Seite 27) gibt der Leitfaden einen Überblick darüber, was eine Zufallsauswahl ist, welche verschiedenen Verfahren es gibt, wann sich welches Verfahren am besten eignet, wie man die Verfahren durchführt und was sie kosten. Grundlagen und Praxistipps werden illustriert durch erfolgreiche Beispiele aus Deutschland und dem europäischen Ausland.



Die Zufallsauswahl als Instrument in Beteiligungsprojekten

Was ist eine Zufallsauswahl?

Die Zufallsauswahl ist ein Auswahlverfahren, das eine Vielfalt von Möglichkeiten auf eine einzige reduziert. Das Besondere an der Zufallsauswahl ist ihre Unbestimmtheit: Keiner der beteiligten Akteure kann die Entscheidung nach seinem Willen beeinflussen. Hier liegt der wesentliche Unterschied zu anderen Auswahlverfahren, die per Abstimmung (Gesetze) oder durch Marktmechanismen (Preise) individuelle Interessen zu einem allgemeingültigen Ergebnis zusammenführen. Das Losverfahren stützt sich auf den gezielten Einsatz des Zufalls.

Hohe Qualität und Legitimation

Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Bürgerbeteiligung können auf verschiedenen Wegen rekrutiert werden, etwa über direkte Einladungen oder per Selbstselektion. Gegenüber diesen Verfahren, die jeweils nicht auf den Zufall als Entscheidungskriterium setzen, bietet die Zufallsauswahl eine Reihe von Vorteilen:

- **Inklusion:** Zufallsauswahl garantiert Chancengleichheit. Bei einer Losziehung hat jeder Bürger die gleiche Wahrscheinlichkeit, ausgewählt zu werden. Partizipationsferne Bürger sind besser zu erreichen als bei anderen Verfahren der Rekrutierung.
- **Heterogenität:** Zufallsauswahl schränkt die Selbstselektion ein. Die Gruppe wird vielfältiger und kann bei größeren Ziehungen (über 1.200 Namen) im statistischen Sinne sogar repräsentativ sein. Auch wenn die Gruppen in der Praxis meist kleiner sind, spiegeln sie eher die Vielfalt der Meinungen in der Bürgerschaft wider.
- **Unabhängigkeit:** Zufallsauswahl minimiert Partikularinteressen. Die „üblichen Verdächtigen“, die sich regelmäßig engagieren, werden nicht bevorzugt. Die Gefahr der Unterwanderung durch organisierte Interessengruppen ist deutlich niedriger, und die per Losverfahren versammelten Gruppen werden als nicht-parteiisch angesehen.

Diese drei Vorteile führen im Ergebnis oftmals zu einer höheren Qualität und Legitimität der Entscheidungen. Projektevaluationen haben gezeigt, dass per Zufallsauswahl selektierte Gruppen besonders empathisch arbeiten, sich am Gemeinwohl orientieren und die Langzeitwirkung bedenken. Die Empfehlungen, die solche Gruppen formulieren, sind oft zukunftsweisend und bilden eine starke Grundlage für ambitionierte Politiken.

Die Kehrseite dieser Inklusion und Unabhängigkeit: Motivierte Bürgerinnen und Bürger, die gern am Prozess teilnehmen würden, kommen möglicherweise nicht zum Zug. Dies kann ausgeglichen werden durch zusätzliche Veranstaltungsformate für interessierte Bürger, durch Online-Beteiligung oder – wie in der klassischen Form der Planungszelle – durch Anhörungen organisierter Interessen. Ein weiterer Nachteil der Zufallsauswahl ist, dass sie aufwändiger sein kann als andere Rekrutierungsmethoden, wie etwa die einfache Einladung. Die Zufallsauswahl erfordert eine ausgeklügelte Vor- und Nachbereitung sowie eine sinnvolle Kombination mit einem deliberativen Verfahren.

Erfolgsfaktoren

Die Zufallsauswahl eignet sich prinzipiell für alle Beteiligungsprojekte, unabhängig vom Thema und auf lokaler ebenso wie auf nationaler oder europäischer Ebene. Ihre Vorteile entfaltet sie am stärksten in den folgenden drei Szenarien:

- Wenn so viele Bevölkerungsgruppen wie möglich einbezogen werden sollen.
- Wenn das Thema heiß umstritten oder die Lage bereits verfahren ist. Die Beratung durch eine Gruppe nicht direkt betroffener Bürger kann versachlichen und Brücken bauen.
- Wenn sie mit einem Verfahren der direkten Demokratie verknüpft wird, etwa wenn ein Bürgergutachten (erarbeitet durch das Beteiligungsverfahren „Planungszelle“ oder „Bürgerforum“) einem Volks- oder Bürgerentscheid vorangeht.



Wichtig: Die Zufallsauswahl ist nur dann sinnvoll, wenn sie mit einem deliberativen Prozess verbunden ist. Das heißt: Die Gruppe der ausgewählten Bürger wird nicht sich selbst überlassen, sondern begleitet. Den Teilnehmern werden ausreichende Informationen bereitgestellt, eine Moderation ermöglicht eine Diskussion auf Augenhöhe und ein Abwägen der Argumente, am Ende der gemeinsamen Arbeit werden die Ergebnisse schriftlich festgehalten. Eine Gruppe zufällig versammelter Laien sich allein zu überlassen, ist kontraproduktiv, da sich schnell Machtstrukturen und Gruppendynamik verfestigen.

Varianten: vom reinen Los bis zur festen Quote

Bei der Zufallsauswahl unterscheidet man drei Varianten, die in der Praxis teilweise kombiniert werden (siehe Tabelle auf Seite 10):

- **Das reine Los:** In diesem Fall wird zum Beispiel jede x. Karte eines Melderegisters gezogen, ohne jeglichen Eingriff in das Moment des Zufalls.
- **Das gewichtete Los:** Damit wird die Wahrscheinlichkeit eines bestimmten Ergebnisses bewusst erhöht. Man könnte zum Beispiel jede x. Karte des Melderegisters ziehen, aber nur jede zweite männliche Karte berücksichtigen. Das fördert die Beteiligung von Frauen, da sich ihre Chancen verdoppeln, ausgewählt zu werden.
- **Das Los mit Quoten:** In diesem Fall greifen feste Vorgaben noch stärker in das zufällige Moment ein. Eine Geschlechterparität würde etwa bedeu-

ten, dass, sobald die Hälfte der Plätze von Männern besetzt ist, nur noch Frauen berücksichtigt werden bzw. umgekehrt.

Die reine Zufallsauswahl hat den Vorteil, dass sie jedem Bürger die gleiche Chance einräumt, ausgewählt zu werden. Mit der Ziehung einer genügend großen Anzahl von Namen ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass sich alle Merkmale der Bevölkerung in der Stichprobe wiederfinden. Die reine Zufallsauswahl kann sinnvoll sein, wenn die Bürgerbeteiligung auf der Bundesebene oder auf der Landesebene durchgeführt wird. Sie erfordert jedoch eine zentrale Datenbank von Kontakten und Adressen. Diese Art der Ziehung ist – aus demokratietheoretischer Sicht – die demokratischste.

Die gewichtete Zufallsauswahl ermöglicht ex ante Korrekturen am Ergebnis der Ziehung, um vorhersehbaren Verzerrungen entgegenzutreten. So kann es etwa sinnvoll sein, die Gruppe der unter 25-Jährigen bei einer Ziehung stärker zu gewichten, um die traditionell niedrigere Teilnahme dieser Altersgruppe auszugleichen. Eine gewichtete Zufallsauswahl erfordert zuverlässige Daten bzw. Erfahrungen über eine mögliche Über- oder Untergewichtung, die leider nicht immer vorhanden sind.

Die Zufallsauswahl mit Quoten ermöglicht es, die Zusammenstellung der Stichprobe noch präziser zu beeinflussen. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die Gruppe ausreichend heterogen besetzt ist. Die Nutzung von Quoten erfordert allerdings zuverlässige Statistiken über die Bevölkerung, um die Quoten festlegen zu können.

BEISPIELE

Die Zufallsauswahl von der Antike bis zur Gegenwart

Der Rat der 500 in Athen

In der Blütezeit der klassischen attischen Demokratie (5. Jahrhundert v. Chr.) wurde jährlich aus allen über 30-jährigen Männern per Losverfahren die 500-köpfige Boulé zusammengestellt. Dieser Rat der 500 bereitete alle Gesetzesvorschläge vor, die der Volksversammlung zur Diskussion unterbreitet wurden. Außerdem verhandelte er die Abkommen mit ausländischen Mächten. 50 Ratsherren bildeten – nach Losentscheid – für je ein Zehntel des Jahres die Regierung (Prytanen). Täglich bestimmte das Los einen Prytanen zum Vorstand oder Präsidenten. Er besaß einen Tag lang den Schlüssel der Schatzkammer. Für die Athener gehörte das Losverfahren zu den zentralen Instrumenten der Demokratie. „So gilt es“, schreibt Aristoteles, „für demokratisch, dass die Besetzung der Ämter durch das Los geschieht, und für oligarchisch, dass sie durch Wahl erfolgt.“

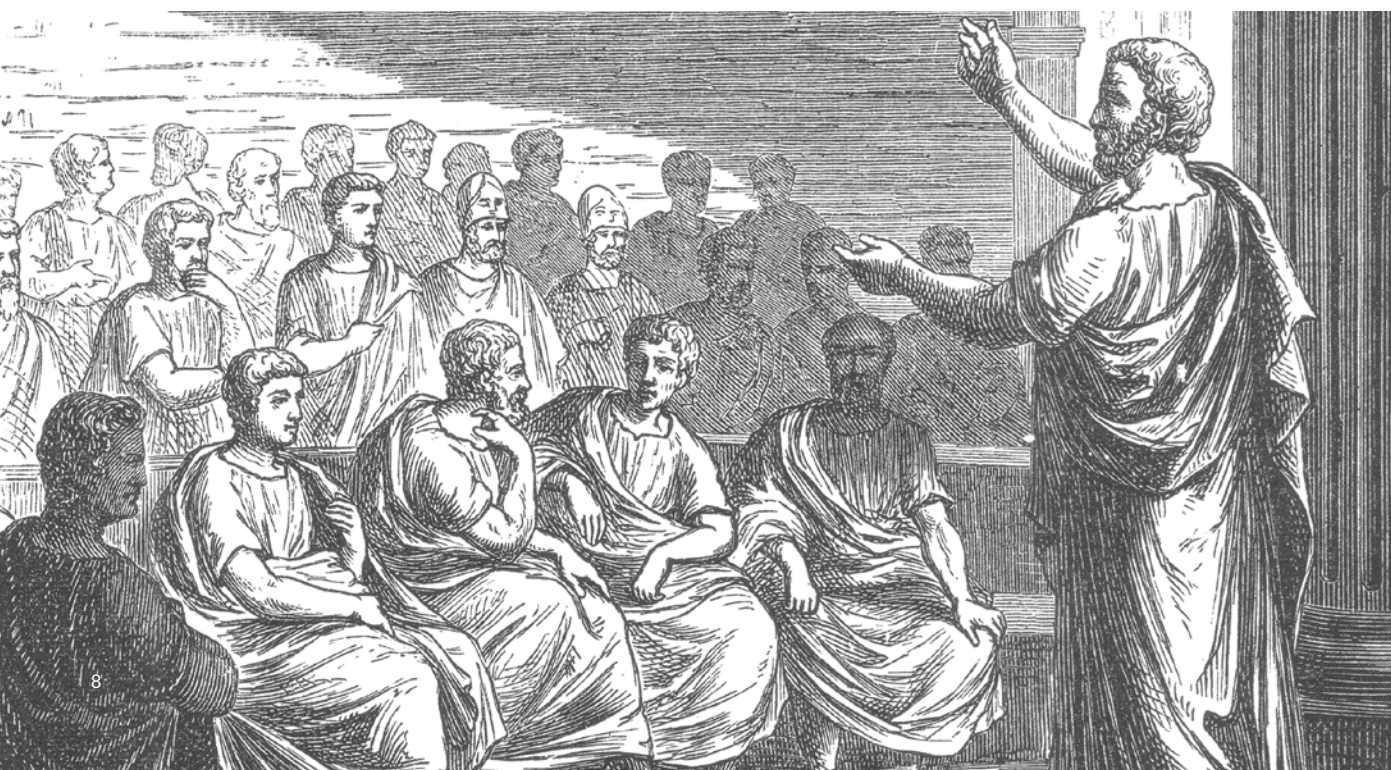
Die Dogen von Venedig

In Venedig wurde zwischen 1268 und 1789 fast ohne Unterbrechung der Doge per Zufallsauswahl bestimmt. Lange Zeit folgte die Wahl einem hochkomplexen Verfahren: Zuerst wurden 30 Mitglieder des Großen Rates (400 Bürger der Stadt) als Lek-

toren ausgelost, aus denen wiederum neun „Weise Lektoren“ gelost wurden. Sie hatten zur Aufgabe, mit qualifizierter Mehrheit eine Liste von 41 aufgeklärten Bürgern zu erstellen. Dazu wurden zwölf dieser Bürger ausgelost, um mit einer Zweidrittelmehrheit eine Liste von 25 aufgeklärten Bürgern aufzustellen. Aus der Gruppe der 25 wurden erneut neun Bürger ausgelost, die ihrerseits mit dem Aufstellen einer Liste von elf aufgeklärten Bürgern betraut waren. Diese Gruppe zog nun 41 Bürger per Los (aus einem Sack mit den Namen aller Bürger), die dann den Dogen wählten. Dieses Verfahren sollte die Korruption bekämpfen, die Macht der Parteien einschränken und eine Rotation gewährleisten.

Wiederbelebung der Idee für die repräsentative Demokratie

Die Zufallsauswahl in der Politik geriet nach Ende der venezianischen Republik in Vergessenheit. Erst Ende der 1960er Jahre griffen unabhängig voneinander ein deutscher und ein amerikanischer Soziologe die Idee wieder auf. Peter Dienel beschäftigte sich mit Problemen der Raumplanung, Ned Crosby promovierte über das Konzept der sozialen Ethik. Beide Wissenschaftler entwickelten ähnliche Instrumente bürger-schaftlicher Beteiligung. Sowohl in der Planungszelle



als auch bei der Citizens' Jury sollte eine Gruppe von ungefähr 20 Bürgern per Zufall ausgewählt werden und in einem deliberativen Umfeld Empfehlungen für die Politik erarbeiten. Seit der ersten durchgeführten Planungszelle von 1972 und der ersten Citizens' Jury von 1974 haben sich beide Modelle weltweit als wichtige Instrumente der Bürgerbeteiligung etabliert.

Erfolgreiche Umsetzungen in der modernen Bürgergesellschaft



Belgien: Eine Bottom-up-Initiative stößt in ein politisches Vakuum

2011 war Belgien seit über einem Jahr ohne Regierung. In diesem Kontext entstand die Idee, eine Bürgerbeteiligung von unten zu starten. Online wurden Ideen für Themen eines Bürgergipfels gesammelt, aus denen letztlich per Abstimmung drei ausgewählt wurden: soziale Sicherheit, Wohlstand in Zeiten der Finanzkrise und Einwanderung. Per Zufallsauswahl wurden 700 Teilnehmer des eintägigen Bürgergipfels bestimmt, der die drei Themen bearbeiten sollte. Eine zufällige Auswahl aus den Teilnehmern dieses Gipfels verfeinerte die Ergebnisse anschließend an drei Wochenenden in einem Bürgerpanel.

Für die Zufallsauswahl der 700 Gipfelteilnehmer galt als Grundgesamtheit die gesamte belgische Bevölkerung. Die Einladung erfolgte willkürlich per Telefon. Bei positiven Antworten wurden zuvor festgelegte Quoten für Sprache, Geschlecht, Alter und Provinz respektiert. Zehn Prozent der Plätze gingen an partizipationsferne Teilnehmer (Obdachlose, Analphabeten). Für deren Rekrutierung unterstützten soziale Organisationen die Veranstalter.

Der insgesamt einjährige Prozess ist aus zwei Gründen interessant: Erstens, weil die Initiative und die Finanzierung (3.040 Spender) bottom-up erfolgten. Zweitens, weil eine reine Zufallsauswahl (willkürliche Telefonanrufe) mit einer späteren Quotierung (aufgrund der positiven Antworten) kombiniert wurde und eine spezielle Quote für partizipationsferne Bürger eingeführt wurde.



Irland: Mit deliberativer und direkter Demokratie zur Verfassungsänderung

Die Bürgerversammlung wurde vom irischen Parlament ins Leben gerufen, um Empfehlungen über mögliche Verfassungsänderungen zu formulieren.

Zwischen 2012 und 2014 berieten 100 Teilnehmer (66 ausgeloste Bürger, 33 Parlamentarier und ein Chairman) an zehn Wochenenden zehn Themen (z. B. über gleichgeschlechtliche Ehe und Abstimmungsrecht).

Per Zufallsauswahl wurden insgesamt 132 Bürger rekrutiert (66 + 66 als „Shadow Convention“ im Fall von Absagen). Quotiert wurde nach Geschlecht, Wohnort, Alter und sozioökonomischer Situation. Als Grundgesamtheit galten die Einwohner von 16 Kommunen des Landes. Die Teilnehmer wurden ausgelost und per Hausbesuch eingeladen.

Die Einzigartigkeit des Prozesses besteht darin, dass zwei Empfehlungen der Bürger (gleichgeschlechtliche Ehe und Reduktion des Mindestalters für die Kandidatur zur Präsidentschaftswahl) am 22. Mai 2015 zur Volksabstimmung standen. Somit entstand eine Kombination aus deliberativer und direkter Demokratie.



Frankreich: Bürgerräte machen Stadtentwicklung

Die französische Regierung beauftragte 2013 zwei Experten, Ideen zur besseren Beteiligung der Einwohner in der Stadtplanung und Lokalpolitik zu sammeln. Besonderer Fokus lag auf den Banlieues, den Vororten. Ihr Bericht mit mehr als 100 Vorschlägen bildete die Grundlage für ein Rahmengesetz (Loi de programmation pour la ville et la cohésion urbaine), das 2014 verabschiedet wurde. Eine der Neuerungen in diesem Gesetz sind die sogenannten Bürgerräte, die Conseils Citoyens: Sie existieren inzwischen in 1.300 Wohnvierteln der Banlieues und beteiligen sich an Diskussionen und Entscheidungsprozessen zur Stadtentwicklung. Die meisten Bürgerräte vergeben die Hälfte ihrer Sitze per gewichteter und quotierter Zufallsauswahl. Über das genaue Verfahren wird vor Ort entschieden.

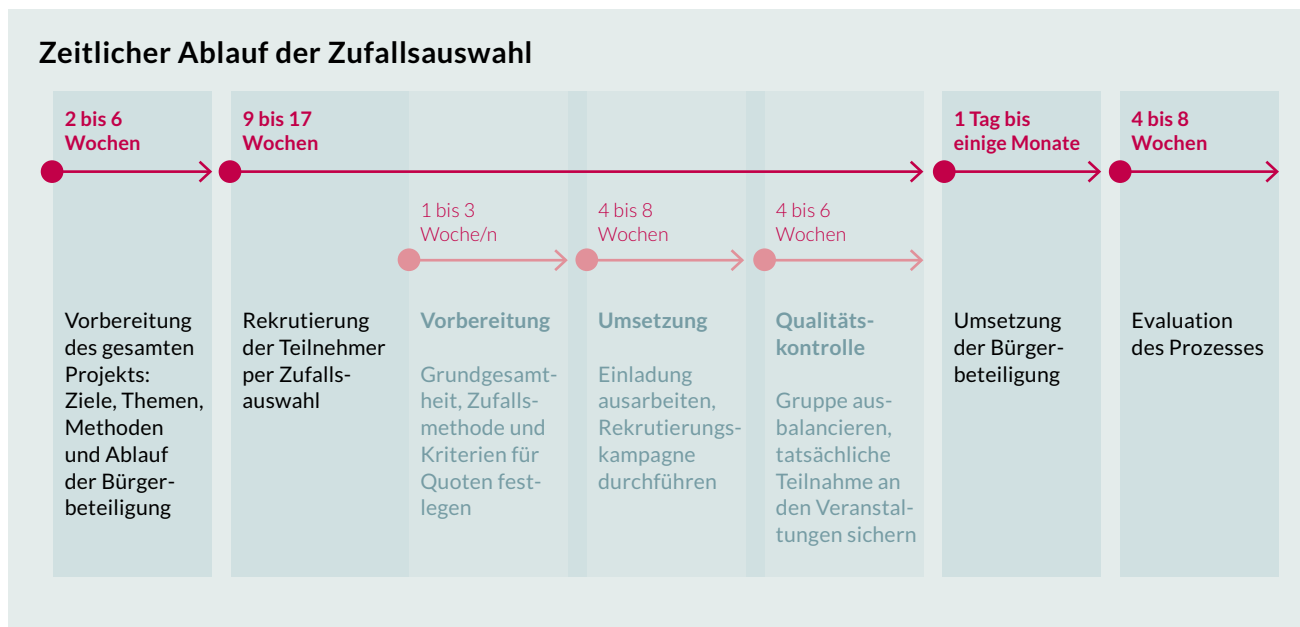
Interessant an diesem Beispiel ist die Kombination aus nationalem Rahmen (obligatorische Zufallsauswahl) und lokaler Entscheidungsfreiheit in der konkreten Umsetzung. Auch die Dauer der Mitgliedschaft (5 Jahre) macht die französischen Bürgerräte zu einem interessanten Experiment. Es wird mit Spannung beobachtet, ob zufällig ausgewählte Bürger bereit sind, so lange mitzumachen.

Die drei Standardmethoden der Zufallsauswahl im Vergleich

	Reine Zufallsauswahl	Zufallsauswahl mit Quoten und Gewichtung	Zufallsauswahl mit Quoten, ohne Melderegister
	Ziehung aus dem Melderegister ohne soziodemographische Quoten	Ziehung aus dem Melderegister mit soziodemographischen / projektrelevanten Quoten	Breite Einladungskampagne zum Aufbau einer Datenbank
	Einladung an die Stichprobe	Einladung an die Stichprobe	Ziehung der Teilnehmer aus der Datenbank nach soziodemographischen / projektrelevanten Quoten
	Analyse der Antworten und eventuell Korrektur durch Ziehung mit soziodemographischen / projektrelevanten Quoten	Analyse der Antworten und eventuell Korrektur durch Nachwerbung	
Bevorzugtes Anwendungsszenario	Nationale Bürgerbeteiligung	Kommunale, landesweite oder nationale Bürgerbeteiligung	Wenn der Zugang zum Melderegister schwierig ist
			Zusätzlicher Einladungskanal, um unterrepräsentierte Gruppen zu aktivieren
Vor- und Nachteile	Hohe Repräsentativität	Geringere Repräsentativität	Geringere Repräsentativität, aber hohe öffentliche Sichtbarkeit
	Hoher Aufwand in der Vorbereitung	Geringer Aufwand in der Vorbereitung	Höchster Aufwand in der Vorbereitung
	Hohe Kosten	Geringe Kosten	Geringe Kosten
	Benötigt Zugang zum Melderegister	Benötigt Zugang zum Melderegister und Statistiken zur Bevölkerungsstruktur	Benötigt lediglich Statistiken zur Bevölkerungsstruktur
Ablauf Vorbereitung	Grundgesamtheit festlegen	Grundgesamtheit festlegen	Grundgesamtheit festlegen
	Ziehung	Quoten / Gewichtung festlegen Ziehung	Quoten festlegen
Ablauf Umsetzung	Einladung	Einladung	Einladungskampagne ohne Kriterien
	Rekrutierung	Rekrutierung	
Ablauf Qualitätskontrolle	Evaluierung der Antworten	Evaluierung der Antworten	Ziehung nach Quoten
	Eventuell Nachwerbung, Absagen oder erneute Ziehung	Eventuell Nachwerbung, Absagen oder erneute Ziehung	Rekrutierung

Quelle: Eigene Darstellung

Die Zufallsauswahl umsichtig geplant und erfolgreich umgesetzt



Zeitplanung

Die Zufallsauswahl der Bürger ist als Teil eines gesamten Beteiligungsprojekts zu verstehen. Sie erfolgt in drei Phasen: Vorbereitung – Umsetzung – Qualitätskontrolle; insgesamt sind dafür neun bis 17 Wochen zu kalkulieren.

Vorbereitung

Schritt 1: Die Methode

Die erste Aufgabe bei einer Zufallsauswahl ist die Entscheidung für eine Methode. Drei Standardmethoden kommen in der Praxis am häufigsten vor: die reine Zufallsauswahl, die Zufallsauswahl mit Quoten und Gewichtung sowie die Zufallsauswahl mit Quoten ohne Melderegister (siehe Tabelle Seite 10).

Schritt 2: Die Gesamtheit

Als Zweites gilt es, die Gesamtheit der möglichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu definieren, aus der per Zufall ausgewählt wird. Prinzipiell sollte die Gesamtheit so breit wie möglich sein, um eine hohe

Melderegister und Bürgerbeteiligung

Jeder, der in Deutschland lebt, ist im Melderegister eingetragen. Die Liste wird auf kommunaler Ebene verwaltet. Jede Kommune besitzt ein solches Register; seit 2015 sind jedoch auch Landesregister in der Planung oder bereits umgesetzt. Es ist grundsätzlich möglich, eine Stichprobe des Registers zu beantragen; das konkrete Verfahren sieht jedoch von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich aus. Das Register enthält unter anderem folgende Informationen: Familiennamen, frühere Namen, Vornamen, Tag und Ort der Geburt, Geschlecht, gesetzliche Vertreter / Eltern minderjähriger Kinder, Staatsangehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft, Familienstand, minderjährige Kinder.



Repräsentativität der Stichprobe sicherzustellen und die Inklusion zu verbessern. In Deutschland bietet sich das Melderegister an (siehe Box Seite 11).

Schritt 3: Quoten/ Gewichtung

Sobald die Gesamtheit der möglichen Teilnehmer steht, können die Kriterien für Quoten und Gewichtung festgelegt werden. Grundsätzlich sind zwei Arten von Kriterien zu unterscheiden:

- Soziodemographische Kriterien sind allgemein und decken die Informationen ab die im Melderegister enthalten sind: Geschlecht, Alter, Wohnort.
- Projektrelevante Kriterien ergeben sich aus den Gegebenheiten der konkreten Bürgerbeteiligung. Es kann zum Beispiel hilfreich sein, Kriterien wie Schulabschlüsse, Einkommen, Betroffenheit oder Meinungen über Themen zu definieren und in die Qualitätskontrolle einfließen zu lassen.

Ein Kriterium kann positiv oder negativ sein: Zum Beispiel können alle Personen, die beruflich mit dem Thema zu tun haben, aus der Stichprobe entfernt werden, um eine Gruppe von Laien zu erhalten.

Schritt 4: Ziehung

Sobald die Kriterien definiert sind, kann die Ziehung durchgeführt werden. Bei Rückgriff auf das Melderegister empfiehlt es sich, rund das Zehnfache der tatsächlich benötigten Teilnehmerzahl zu ziehen. Für 100 Teilnehmende sollten 1.000 bis 1.200 Namen gezogen werden. Falls die Einladung gezielt und nach Gewichtung erfolgt, kann diese Zahl niedriger ausfallen (etwa das Achtfache). Auf kommunaler Ebene kann die Ziehung leicht niedriger ausfallen.

Aufgepasst: Ziehung ist nicht Teilnahme!

Bei Verfahren der Bürgerbeteiligung bleibt die Teilnahme am Prozess freiwillig. Daher existiert ein Unterschied zwischen eingeladenen Personen, die ausgelost wurden (die Stichprobe), und Bürgerinnen und Bürgern, die tatsächlich teilnehmen. Die konkreten Empfehlungen des vorliegenden Leitfadens berücksichtigen dies.

Soll die Einladung per Telefonakquise durchgeführt werden, sollten noch deutlich mehr Personen gezogen werden. Hier kann es vorkommen, dass lediglich drei Prozent der Personen, die angerufen werden, Interesse zeigen.

Grundsätzlich empfiehlt es sich immer, eher zu viele als zu wenige Personen einzuladen. Eine Nachwerbekampagne ist teurer als die ursprüngliche Rekrutierung, denn alle Dokumente müssen aktualisiert werden, und es kommen Rückmeldungen, die nicht in die Quoten passen. Sollten sich tatsächlich zu viele Interessierte anmelden, kann die Anzahl kurz vor der Veranstaltung mittels einer zweiten Ziehung verringert werden.

Umsetzung Schritt 1: Die Einladung

Die Einladung ist Kern der Umsetzungsphase und will erstens die potenziellen Teilnehmenden ansprechen. Diese sollen zweitens überzeugt werden, zu tatsächlich Teilnehmenden zu werden. Eine Einladung umfasst folgende zentrale Elemente:

- **Absender:** Die einladende Institution und/oder Person. Die Erfahrung zeigt: Je offizieller der Absender (Oberbürgermeister, Minister etc.), desto höher der Rücklauf. Der Absender macht die Bedeutung des Themas und die Anbindung an den repräsentativen Entscheidungsprozess deutlich. Gleichzeitig erfahren die Bürgerinnen und Bürger eine Wertschätzung.
- **Thema:** Die Einladung erläutert die Herausforderungen, die offenen Fragen und erklärt, worüber die Teilnehmenden beraten werden.
- **Mandat:** Die Einladung soll den Spielraum der Bürgerbeteiligung klarstellen. Bürgerbeteiligungsprozesse mit klar definierten Spielräumen finden größeren Zuspruch. Zu breite oder ungenaue Mandate führen hingegen zu Ablehnung und Frustration.
- **Einbindung in den Entscheidungsprozess:** Die Einladung soll Klarheit über den Status und die Verwendung der Ergebnisse schaffen.
- **Zufallsauswahl:** Die Einladung soll klar erläutern, warum der Adressat die Einladung bekommt, wie er ausgewählt wurde und warum eine Zufalls-

auswahl angewandt wurde (Repräsentativität / Vielfältigkeit, Unparteilichkeit, Beteiligungskultur, Inklusion etc.).

- **Anreize:** Die Einladung soll die unterstützenden und motivierenden Maßnahmen aufzählen, die die Veranstalter den Teilnehmern bieten können (siehe auch Schritt 2: Die Rekrutierung).
- **Schließlich soll die Einladung alle praktischen Informationen enthalten:** wann, wo, wie lang, Kontakt für Fragen und Rückmeldungen, wie melde ich mich an?

Schritt 2: Die Rekrutierung

Um die Rücklaufquote zu erhöhen und bestimmte Bevölkerungsgruppen besser zu erreichen, sind Anreize und unterstützende Maßnahmen notwendig. Diese Maßnahmen sind zwar kein Ersatz für die Kernmotivation der Bürger: mitmachen, gehört werden, Einfluss auf die Politik nehmen. Aber sie transportieren eine hohe Wertschätzung und können zusätzlich zur Zusage motivieren. Denkbar sind Aufwandsentschädigungen und Kostenerstattungen, aber auch nicht-finanzielle Anreize wie Teilnahme-

Vergleich der vier Rekrutierungsmethoden

	Vorteile	Nachteile	Tipps
Brief	<ul style="list-style-type: none"> Die Adresse steht zur Verfügung Höchste Wahrscheinlichkeit, dass die Einladung ankommt Höhere Rücklaufquote Wird als sehr offiziell wahrgenommen 	<ul style="list-style-type: none"> Je nach Anzahl kann der Briefversand teuer werden Aufwändige Vorbereitung (Print und Mailing) 	<ul style="list-style-type: none"> Immer eine Antwortkarte beilegen
Anruf	<ul style="list-style-type: none"> Schnelle Rückmeldung (Ja oder Nein kommt schnell) 	<ul style="list-style-type: none"> Die Rufnummer steht selten zur Verfügung Die Telefonakquise kann sehr aufwändig sein und teuer werden (3.600 bis 1.200 Anrufe, die zu korrekten Anrufzeiten getätigt werden müssen) Großes Misstrauen in der Bevölkerung 	<ul style="list-style-type: none"> Schnell über die Bürgerbeteiligung sprechen und über die einladende Institution: „Es ist keine Umfrage und keine Produktwerbung.“
SMS	<ul style="list-style-type: none"> Sehr hohe Lesequote Schnell und automatisiert Günstig 	<ul style="list-style-type: none"> Die Rufnummer steht selten zur Verfügung 	<ul style="list-style-type: none"> Ist immer sinnvoll, um Personen, die bereits kontaktiert worden sind, zu einer Entscheidung zu motivieren
E-Mail	<ul style="list-style-type: none"> Sehr günstig Schnell 	<ul style="list-style-type: none"> Nicht repräsentativ E-Mail-Adresse nicht immer bekannt 	<ul style="list-style-type: none"> Der Betreff ist immens wichtig und sollte im Vorfeld an eigenen Bekannten getestet werden („Würdest du diese E-Mail öffnen?“)

Quelle: Eigene Darstellung



Zertifikate oder ein geselliges Begleitprogramm (ausführliche Übersicht siehe Anhang „Übersicht: Anreize und unterstützende Maßnahmen“, S. 20).

Sobald die Einladung fertig ist, wird sie den verschiedenen Rekrutierungsmethoden und -medien angepasst. Die vier wichtigsten Wege, eine Einladung zuzustellen, zeigt ein Vergleich (siehe Tabelle „Vergleich der vier Rekrutierungsmethoden“, S. 13).

Qualitätskontrolle: Nachjustierung

Die Einladung ist verschickt, die Antworten kommen zurück. Nun geht es darum, die Gruppe so vielfältig wie möglich zu gestalten. Dafür gibt es keine allgemeingültige Regel, aber die Praxis hat gezeigt, dass sich meistens eines der drei folgenden Szenarien abspielt:

Szenario 1: nicht repräsentativ

Es gehen genügend Antworten ein, aber manche Bevölkerungsgruppen sind unter- bzw. überrepräsentiert. Dies ist das häufigste Szenario. In diesem Fall gilt es erstens, eine gezielte Nachwerbung zu organisieren: entweder durch eine zusätzliche Ziehung mit Gewichtung für die unterrepräsentierten Gruppen oder durch das Einschalten von Multiplikatoren, die sich an bestimmte Gruppen richten. Zweitens gilt es, einen Brief für jene Personen vorzubereiten, die zu einer überrepräsentierten Gruppe gehören und am Ende keine definitive Zusage bekommen.

Szenario 2: zu wenige Zusagen

Es gehen nicht genügend Antworten ein. Dieses Szenario ist leider möglich und erfordert eine erneute Rekrutierungskampagne. Zuvor sollte man sich zwei Fragen stellen: Ist die Bürgerbeteiligung interessant genug (relevant und gekoppelt an den Entscheidungsprozess)? War die Einladung klar formuliert? Nach eventuellen Anpassungen von Prozess und Einladung muss eine neue Rekrutierungskampagne mit einer zusätzlichen Ziehung und/oder der Aktivierung von Multiplikatoren gestartet werden.

Szenario 3: zu viele Zusagen

Es gehen genügend Antworten ein und die Quoten werden erfüllt, am Ende hat man mehr Zusagen als Plätze. Das ist das ideale, aber seltene Szenario. In diesem Szenario sollte die Priorität darauf liegen, einen Brief für die Personen vorzubereiten, die am Ende keinen Platz erhalten werden. Eine erneute Zufallsauswahl sollte die Zahl der Angemeldeten auf 130 Prozent der Plätze reduzieren. Erfahrungsgemäß erscheinen 30 Prozent der Personen trotz Zusage nicht. Für eine Gruppe von 100 Bürgern sollten also 130 eine definitive Zusage bekommen.

Die Zufallsauswahl in der Bürgerbeteiligung von der Kommune bis Europa



Stadt Kiel, 2016 – 2017

→ Kommunale Ebene

→ Auswahl für die Arbeitsgruppe „Entwicklung von Leitlinien für die Bürgerbeteiligung“

Vorbereitung

Ziel

8 Bürger und 8 Nachrücker für die Arbeitsgruppe „Entwicklung von Leitlinien für die Bürgerbeteiligung“. Die Gruppe besteht insgesamt aus 24 Mitgliedern: 8 Bürger (plus 8 Nachrücker), 8 Mitarbeiter der Stadtverwaltung und 8 von den Ratsfraktionen benannte Mitglieder (Stakeholder)

Zufallsverfahren

Standardverfahren 3: Zufallsauswahl mit Quoten, ohne Melderegister

Grundgesamtheit

Alle Kieler über 16 Jahre mit Ausnahme von Verwaltungsmitarbeitern, Ratsmitgliedern und Mitgliedern der Ortsbeiräte, da diese Gruppen durch die anderen beiden Teile der Leitlinien-AG repräsentiert waren

Kriterien für Quoten und Gewichtung

Geschlecht, Alter, Region in Kiel (Nord-West, Zentrum, Ost, Süd), Migrationshintergrund, Tätigkeit, Schulbildung, Wohndauer in Kiel

Umsetzung

Einladung und Rekrutierung

Im Juni und Juli 2016 konnten sich die Kieler Bürger um die Teilnahme in der Arbeitsgruppe bewerben. Die Einladung wurde bekannt gemacht durch: Pressemitteilungen; Plakatierungen; Auslage der Bewerbungsunterlagen (z. B. in Stadtteilbürgerämtern, Verwaltungsstellen, Kfz-Zulassungsstelle, Stadtbücherei, Schwimmhalle, Jugendtreffs); Schreiben des Oberbürgermeisters an 230 Multiplikatoren (Verbände und Vereine); öffentliche Informationsveranstaltung im Rathaus; Internet-Seite der Stadt.

Qualitätskontrolle

Insgesamt bewarben sich 136 Personen. Aus dieser Gruppe wurde eine repräsentative Auswahl nach einem quotengesteuerten Zufallsprinzip (Kriterien siehe oben) gezogen. Das Verfahren folgte folgenden Schritten: Qualitätsprüfung und Bereinigung der Daten; Selektion von Personen ohne Einverständniserklärung (wegen Datenschutz); Selektion von Personen, die nicht zur Grundgesamtheit gehörten; Selektion von Personen, die den Ausschlusskriterien entsprachen; Selektion von „nicht geeigneten“ Personen über das Textfeld „Motivation“; sukzessive Zufallsauswahl von Bewerbern entsprechend den vorgegebenen Quoten.

Analyse

Interessant an dem Beispiel ist, dass die Zufallsauswahl für eine längerfristige Beteiligung angewandt wurde. Die Ausgelosten engagieren sich für ein Jahr. Auch die gemischte Zusammensetzung des Gremiums ist innovativ und zeigt, wie Zufallsauswahl und Stakeholder-Beteiligung kombiniert werden können.

Besonders wichtig ist die breite Einladungskampagne, die eine Mindestanzahl an Kandidaten ermöglicht, aus der sinnvoll nach Quoten gezogen werden kann.

Referenz

Auftraggeber

Stadt Kiel

Durchführung der Zufallsauswahl

Trendfish Insights GmbH



Kommunalreform Rheinland-Pfalz, 2008

→ Landesebene

→ Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an 6 Planungszellen

Vorbereitung

Ziel

6 Gruppen aus jeweils 25 Bürgern in Rheinland-Pfalz, um 6 Planungszellen zum Thema „Eckpunkte der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz“ zu besetzen

Zufallsverfahren

Standardverfahren 2: Zufallsauswahl mit Quoten

Grundgesamtheit

Alle registrierten Bürger der Kommunen Pirmasens, Vallendar und Prüm. Dadurch waren eine Stadt, ein suburbaner Raum und ein ländlicher Raum vertreten.

Kriterien für Quoten und Gewichtung

Alter, Geschlecht, Wohnort

Umsetzung

Einladung und Rekrutierung

Die per Zufall ausgesuchten Bürger wurden von der Staatskanzlei schriftlich eingeladen. Die Einladung enthielt: ein persönliches Schreiben des Ministerpräsidenten Kurt Beck; ein Anschreiben des durchführenden Instituts, das sich als neutraler Organisator vorstellte; ein Faltblatt, auf dem die wichtigsten Informationen zum Verfahren Planungszelle zusammengestellt waren; eine Rückantwortkarte, um kostenfrei zu- oder abzusagen oder weitere Informationen anzufordern.

Für die erste Einladungswelle wurden 500 Briefe je Kommune verschickt. Da die Rücklaufquote niedrig war, wurde die Zufallsstichprobe erweitert, und es wurden jeweils 1.000 weitere Einladungen ver-

schickt. Zudem wurden Telefonanrufe eingesetzt, um die Eingeladenen zur Teilnahme zu motivieren.

Qualitätskontrolle

Mit 144 Bürgergutachtern wurde die Zielgröße von 150 Teilnehmern an den sechs Planungszellen (25 pro Planungszelle) weitestgehend erreicht.

Analyse

Das Beispiel zeigt, dass eine Kombination aus Einladung per Brief plus Telefonat eine effektive Methode ist, um die Rücklaufquote zu erhöhen.

Referenz

Auftraggeber

Land Rheinland-Pfalz

Durchführungsträger

nexus Institut Berlin

Website

www.nexusinstitut.de/images/stories/download/08-09-12_RLP_Buergergutachten.pdf



Bürgerforum 2011: Zukunft braucht Zusammenhalt

- Bundesebene
- Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an 25 Bürgerforen

Vorbereitung

Ziel

25 Gruppen mit jeweils 400 Bürgern aus 25 Kommunen

Zufallsverfahren

Standardverfahren 2: Zufallsauswahl mit Quoten

Grundgesamtheit

Alle Bürger aus 25 Kommunen der Bundesrepublik. Im Herbst 2010 wurden alle Landkreise in Deutschland und alle Städte mit mehr als 80.000 Einwohnern zur Mitwirkung am BürgerForum eingeladen. Aus den mehr als 160 Bewerbungen wurden schließlich per Losverfahren 25 Städte und Landkreise ausgewählt.

Kriterien für Quoten und Gewichtung

Region, Alter (in Altersgruppen gegliedert), Geschlecht und formeller Bildungsstand

Umsetzung

Einladung und Rekrutierung

1. Regionale Pressearbeit zur Bekanntmachung des Projekts; 2. schriftliche Einladung mit offiziellem Brief des Bundespräsidenten, um die ausgewählten Bürger über das Projekt zu informieren; 3. telefonische Rekrutierung der bereits angeschriebenen Personen; 4. telefonische Nachakquise, um noch fehlende „Zielbänder“ aufzufüllen.

Qualitätskontrolle

Regelmäßige Überprüfung der Erreichung der Quoten in jeder teilnehmenden Region. Wenn eine Zielgruppe unterrepräsentiert war, wurde telefo-

nisch nachrekrutiert. Zu den Auftaktveranstaltungen erschienen pro Region zwischen 300 und 400 Bürger, insgesamt rund 10.000 Personen.

Analyse

Das Beispiel zeigt die Chancen und Herausforderungen einer massiven Zufallsauswahl. Chancen: Eine breitere Rekrutierung ist gegeben, da die Zahlen eine repräsentative Auswahl bieten, die Masse ermöglicht mediale Sichtbarkeit. Herausforderungen: Für 10.000 Zusagen durch telefonische Rekrutierung braucht man eine sehr aufwändige Kampagne, da in der Regel nur 3 Prozent der Angerufenen darauf reagieren.

Referenz

Auftraggeber

Bertelsmann Stiftung

Durchführungsträger

Bertelsmann Stiftung

Website

www.buerger-forum.info (aktualisierte Website, BürgerForum 2011 nicht mehr online)



Bürgerdebatte über Raumfahrt für Europa, 2016

- Europäische Ebene
- Auswahl der 1.600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Vorbereitung

Ziel

23 Gruppen mit jeweils 80 Bürgern in den 22 Mitgliedsländern der Europäischen Weltraumorganisation.

Grundgesamtheit

Alle Bürger der jeweiligen Länder, da nicht mit Melderegister gearbeitet wurde

Kriterien für Quoten und Gewichtung

Geschlecht, Alter, Wohnort (< 100 km vom Tagungsort; zwischen 100 und 200; > 200 – Ziel war ein Drittel von jeder Größenordnung); Interesse für das Thema Raumfahrt (Skala 1 bis 5); Nähe zum Thema (Skala 1 bis 4: von „Ich bin Laie“ bis zu „Ich arbeite in der Branche“ – Ziel waren 50 Prozent der Kategorie 1 und nicht mehr als 10 Prozent der Kategorie 4)

Umsetzung

Einladung

Verbreitung in Zeitungen, per Mail und durch soziale Medien.

Rekrutierung

Zentrale Internet-Plattform. Interessierte mussten 5 Fragen beantworten, die die Quotierung überprüfbar machten.

Qualitätskontrolle

Regelmäßige Überprüfung der Erreichung der Quoten europaweit und in jedem Land. Wenn eine Zielgruppe unterrepräsentiert war, wurde sie besonders angesprochen (z. B. Artikel in der lokalen Zeitung;

Nachricht auf einer Internetseite, die hauptsächlich von Frauen besucht wird). Am Tag der Debatte erschienen je nach Land zwischen 50 und 130 Bürger, insgesamt rund 1.600 Personen, darunter 130 Teilnehmer aus Deutschland.

Analyse

Das Ziel von 1.840 Teilnehmenden wurde nicht ganz erreicht. Die wichtigsten Erklärungen dafür sind: Die Rekrutierungskampagne fand im Sommer statt, sie wurde dezentral von verschiedenen Partnern durchgeführt (unterschiedliche Kapazitäten) und war relativ kurz.

Eine zentrale Online-Plattform für die Anmeldung ist praktisch für die Qualitätskontrolle, birgt als einziges Mittel der Rekrutierung aber das Risiko, manche Gruppen der Bevölkerung auszuschließen.

Referenz

Auftraggeber

Europäische Weltraumorganisation

Durchführungsträger

Missions Publiques mit Partnern in den 22 Mitgliedsländern der ESA

Website

www.citizensdebate.space/de_DE/home

KOSTEN

Die vier Beispiele im Vergleich



Kiel

16 Teilnehmer



Rheinland-Pfalz

144 Teilnehmer (in 3 Kommunen)



Bürgerforum 2011

10.000 Teilnehmer (in 25 Regionen)



Bürgerdebatte Raumfahrt Europa

rund 1.600 Teilnehmer (in 22 Ländern)

Vorbereitung

Arbeitszeit:
Kriterien und
Quoten festlegen

2 Tage

2 Tage

2–3 Tage
pro Region

2 Tage

Ziehung aus dem
Melderegister

keine Ziehung

4.500 Namen:
4.000 Euro
oder 0 Euro,
falls die Kom-
mune selbst
beteiligt ist

8.000 Namen
pro Region
aus
deren Melde-
register

keine Ziehung

Umsetzung

Arbeitszeit
(Einladung vor-
bereiten, testen,
drucken ...)

2 Wochen

1 Woche

5–6 Monate
Vorbereitung,
davon 3
Monate tele-
fonische
Rekrutierung

22 Monate
(1 Monat pro
Land) plus
zwei Monate
für Koordina-
tion

Direkte Kosten
(Briefe, Werbung,
Telefon etc.)

Briefe, Mai-
lings, Poster
etc.

4.500 x 0,85
Euro
für Briefmar-
ken

Briefe,
Telefonate
29 Euro pro
rekrutiertem
Teilnehmer
(inkl. Nachre-
krutierung)

Briefe,
Mailings,
Werbung

Qualitätskontrolle

Arbeitszeit
(Kontrolle,
Rückfragen,
Nachwerbung)

4 Wochen

2 Wochen

6 Wochen

2 Wochen
pro Land plus
2 Wochen für
Koordination

Direkte Kosten:
Nachwerbung,
Anrufe, Zusage
per Post und
Bestätigung etc.

–

5 Euro pro
Teilnehmer

–

–

Anhang

ÜBERSICHT

Anreize und unterstützende Maßnahmen zur Rekrutierung

Anreiz	Art der Maßnahme	Vorteile	Nachteile
Aufwandsentschädigung	Per-Diem-Satz, z. B. angelehnt an die Aufwandsentschädigung für Schöffen (ca. 100 Euro/ Tag) oder das Sitzungsgeld im Rat (zwischen 20 Euro und 100 Euro für eine Sitzung je nach Kommune)	Ermöglicht die Rekrutierung partizipationsferner Bürger stellt eine Anlehnung an das repräsentative System dar	Kann teuer werden
	Möglichkeit, eine Verdienstaufwandsentschädigung zu beantragen	Ermöglicht die Rekrutierung bestimmter Bevölkerungsgruppen (z. B. Freiberufler)	Teuer, unterwandert die Gleichbehandlung der Bürger (durch Lohnunterschiede, die zu unterschiedlich hoher Entschädigung führen)
	Gutschein für eine Veranstaltung, ein Museum etc.	Kann kostenlos sein (kommunales Museum oder Theater ...) Einfach zu kommunizieren	
Erstattungen	Reise- und Übernachtungskosten	Sehr effektiv, um motivierte, aber weniger wohlhabende Bürger zu überzeugen Sehr wichtig in ländlichen Räumen oder für größere Bezugsräume (Land, Bund)	Kann sehr schnell teuer werden, wenn das Gebiet groß ist und die Bürgerbeteiligung mehr als einen Tag dauert
Nicht-finanzielle Anreize	Zertifikat über die Teilnahme	Sehr günstig und einfach Bürger schätzen diese Anerkennung sehr	Nur symbolisch
	Themenbezogener Besuch (z. B. eines Recyclinghofs, wenn es um Müll geht)	Günstig und einfach	Nicht immer möglich
	Konzert oder Empfang am Ende der Veranstaltung	Ermöglicht ein soziales Event über das Thema hinaus Attraktiv für die Bürger	Kann teuer werden
Unterstützende Maßnahmen	Zertifikat für Arbeitgeber	Vereinfacht die Teilnahme von Angestellten	
	Anerkennung als Bildungsurlaub/ Weiterbildungsmaßnahme	Vereinfacht deutlich die Teilnahme von Angestellten	Kann aufwändig sein (Anträge und Verwaltung)
	Kinderbetreuung	Vereinfacht die Teilnahme von Alleinerziehenden	Kann teuer werden
	Reisen und Übernachtungen zentral organisieren und im Voraus bezahlen	Vereinfacht die Teilnahme für ärmere, ältere und jüngere Bürger Erhöht die Verbindlichkeit der Teilnahme	Hoher Aufwand (Kauf, Abwicklung, Senden der Fahrkarten etc.)

Gesprächsleitfaden BürgerForum 2011

1. Begrüßung

Bürger wird angerufen:

→ Guten Tag, mein Name ist (*Name des Anrufers*) vom BürgerForum 2011, einer Initiative unseres Bundespräsidenten Christian Wulff.

- Mit wem spreche ich bitte?
- Spreche ich mit Frau / Herrn ... persönlich?

Bei Rückruf durch Bürger:

→ Guten Tag, mein Name ist (*Name des Anrufers*) vom BürgerForum 2011. Wir hatten versucht, Sie telefonisch zu erreichen.

- Mit wem spreche ich bitte?
- Spreche ich mit Frau / Herrn ... persönlich?

2. Gesprächseinstieg

→ Der Bundespräsident möchte mit dem BürgerForum 2011 Ihnen als Bürger die Möglichkeit geben, sich aktiv für die Entwicklung der Gesellschaft einzusetzen. Haben Sie von dem Projekt schon in den Medien gehört?

Bei Ja:

→ Prima! Wie Sie wissen, wird die Initiative des Bundespräsidenten auch von (*Name des jeweiligen kommunalen Spitzenbeamten*) unterstützt.

→ WEITER MIT 3.

Bei Nein:

→ In (*Name des jeweiligen Mediums*) wurde ausführlich über die Initiative des Bundespräsidenten berichtet. Außerdem wird sie von (*Name des jeweiligen kommunalen Spitzenbeamten*) unterstützt. → WEITER MIT 3.

3. Bürgerreaktion und Einwandbehandlung

→ Das BürgerForum 2011 findet gleichzeitig an 25 Orten in Deutschland statt. Zu dem BürgerForum in (*Name des Veranstaltungsortes*) werden 400 Menschen eingeladen. Für eine Teilnahme am BürgerForum brauchen Sie keinerlei Vorkenntnisse. Der Bundespräsident verspricht sich davon unabhängige und überparteiliche Vorschläge, wie der Zusammenhalt in der Gesellschaft gestärkt werden kann. Haben Sie grundsätzlich Interesse, dabei mitzumachen?

Bei Ja:

→ Vielen Dank für Ihre Bereitschaft! Nach einer Auftaktveranstaltung mit 400 Teilnehmern Mitte März in (*Name des Veranstaltungsortes*) gibt es eine mehrwöchige Diskussion im Internet. Nach einer weiteren Veranstaltung werden alle 25 regionalen Foren im Internet miteinander vernetzt. Ende Mai werden die Ergebnisse des BürgerForums abschließend dem Bundespräsidenten und der Öffentlichkeit vorgestellt. → WEITER MIT 4.

Bei Nein:

→ Das ist schade. Kennen Sie eventuell eine andere Person, die Interesse an einer Teilnahme haben könnte?

Bei Ja:

→ Sehr gut! Dann sagen Sie mir doch bitte, wann und wie ich (*Name der genannten Person*) am besten erreichen kann. Ich hoffe, dass Sie zumindest in den Medien die Arbeit des BürgerForums verfolgen können. → WEITER MIT 7.

Bei Nein:

→ Ich verstehe! Dann hoffe ich, dass Sie zumindest in den Medien die Arbeit des BürgerForums verfolgen können. → WEITER MIT 7.

4. Abfrage / Erfassung der soziodemographischen Fakten

→ Der Bundespräsident wünscht sich verständlicherweise, dass alle Gruppen der Bevölkerung gleichermaßen im BürgerForum vertreten sind. Darf ich Sie deshalb fragen, welcher Altersgruppe Sie angehören und über welche Schulbildung Sie verfügen?

Bei passenden Angaben:

→ Vielen Dank für Ihre Auskunft! Wir freuen uns, Sie zu einer Teilnahme am BürgerForum 2011 einladen zu können. → WEITER MIT 5.

Bei nicht passenden Angaben:

→ Vielen Dank für Ihre Auskunft! Diese Zielgruppe ist leider bereits sehr stark im BürgerForum vertreten. Wenn sich unser Bedarf verschieben sollte, melden wir uns sehr gerne wieder bei Ihnen.
→ WEITER MIT 7.

5. Abfrage E-Mail-Adresse und Internetverfügbarkeit

→ Um am BürgerForum teilnehmen zu können, brauchen Sie wie erwähnt die Möglichkeit, ins Internet zu gehen und eine E-Mail-Adresse nutzen zu können. Wenn Sie keinen privaten Internetanschluss haben, haben Sie auch die Möglichkeit, einen öffentlichen Internetanschluss zu nutzen. Diesen finden Sie beispielsweise in der öffentlichen Bibliothek. Haben Sie Zugriff auf das Internet, und haben Sie eine E-Mail-Adresse?

Bei Ja:

→ Hervorragend! Dann lassen Sie uns abschließend noch klären, ob Sie Zeit haben. → WEITER MIT 6.

Bei Nein:

→ Das ist schade. Kennen Sie eventuell eine andere Person, die Interesse an der Teilnahme haben könnte?

Bei Ja:

→ Sehr gut! Dann sagen Sie mir doch bitte, wann und wie ich (*Name der genannten Person*) am besten erreichen kann. Ich hoffe, dass Sie zumindest in den Medien die Arbeit des BürgerForums verfolgen können. → WEITER MIT 7.

Bei Nein:

→ Ich verstehe! Dann hoffe ich, dass Sie zumindest in den Medien die Arbeit des BürgerForums verfolgen können. → WEITER MIT 7.

6. Abfrage Terminverfügbarkeit vor Ort

→ Können Sie zu den beiden Terminen am 12. März (ganztäglich von 09:30 bis 18:00 Uhr) und am 14. Mai (gegen spätes Nachmittag, ca. 3 Stunden) persönlich erscheinen?

Bei Ja:

→ Herzlichen Glückwunsch! Wir haben Sie damit für das BürgerForum 2011 vorgemerkt. Sind Sie damit einverstanden, dass Ihre persönlichen Daten für den weiteren Registrierungsprozess an die Veranstalter weitergeleitet werden? Dann nennen Sie mir bitte noch Ihren vollständigen Namen, Ihren Wohnort, Ihre E-Mail-Adresse und für Rückfragen Ihre Telefonnummer. Wir schicken Ihnen eine Bestätigungs-E-Mail mit einem Link zu einer Internetseite. Auf dieser Seite können Sie sich noch einmal ausführlich über das Projekt informieren und bis zum (*Anmeldefrist*) fest anmelden. → WEITER MIT 7.

Bei Nein:

→ Das ist schade. Kennen Sie eventuell eine andere Person, die Interesse an der Teilnahme haben könnte?

Bei Ja:

→ Sehr gut! Dann sagen Sie mir doch bitte, wann und wie ich (*Name der genannten Person*) am besten erreichen kann. Ich hoffe, dass Sie zumindest in den Medien die Arbeit des BürgerForums verfolgen können. → WEITER MIT 7.

Bei Nein:

→ Ich verstehe! Dann hoffe ich, dass Sie zumindest in den Medien die Arbeit des BürgerForums verfolgen können. → WEITER MIT 7.



7. Verabschiedung

→ Haben Sie noch Fragen? (Ggf. Hinweis auf www.buergerforum2011.de) Dann danke ich Ihnen für das Gespräch und wünsche Ihnen einen angenehmen Tag!

8. Sonstige Besprechungspunkte

Bei Fragen zum Datenschutz:

Frage: Woher haben Sie meine Daten?

→ Der Bundespräsident legt Wert darauf, dass sich die Vielfalt der Gesellschaft im BürgerForum 2011 widerspiegelt. Deshalb sind Sie nach dem Zufallsprinzip aus dem Telefonbuch ausgesucht worden.

**Bei Weitergabe der Daten von Freunden/
Bekanntem:**

→ Herr/Frau (*Name des Empfehlenden*) war so freundlich, uns Ihre Daten weiterzugeben.

Frage: Was passiert mit meinen Daten?

→ Ihre Daten werden ausschließlich von den Veranstaltern zur Durchführung des BürgerForums 2011 verwendet und anschließend gelöscht. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht.

Bei Fragen zur Anruferidentität:

Frage: Wer sind Sie eigentlich?

→ Das BürgerForum 2011 ist eine Initiative von Bundespräsident Christian Wulff. Es wird organisiert von der Bertelsmann Stiftung und der Heinz Nixdorf Stiftung. Die Stiftungen werden von der Firma buw in Münster hinsichtlich der Teilnehmerrekrutierung unterstützt.

Wenn der Angerufene es noch genauer wissen will:

→ Mein Name ist (*Name des Anrufers*) von der Firma buw customer care Operations Münster GmbH, An den Loddenbüschen 95, 48155 Münster.

**Wenn der Angerufene wissen will, wo er die
Angaben überprüfen kann:**

→ BürgerForum 2011
www.buergerforum2011.de
Telefonnummer: 05241-8181222
E-Mail: info@buergerforum2011.de

Anschreiben am Beispiel Citizens' Debate on Space for Europe

Titel und Thema → **Citizens' debate on space for Europe – We need your opinion!**

Ansprache → Dear **<Name if available or citizen>**

<Organization name> invites you to participate in a citizen meeting on Space for Europe:

Saturday September 10th 2016 at <time>
in <name and address of the meeting location or trip> ← **Ort und Zeit**

Auftraggeber → On September 10th 2016, about 2000 citizens coming from 22 European countries will participate to the first – and the only – **Citizens' debate on Space for Europe!** This is an unprecedented scale consultation organised by the European Space Agency (ESA).

Citizens will meet in each country to discuss and vote about the same questions. And you are invited to be one of them.

Join a unique event and contribute to the future of space for Europe

Participate to the debate and you will, together with 99 other citizens in **<your country>**. **You will be sitting at a table with 5 to 7 other citizens** so you can meet and exchange views on space, soace programmes and the future space policies. Your work will be presented to the people who will decide for the future space programmes of the European Space Agency.

 ← **Ablauf**

Zufallsauswahl → **Any citizen can participate**

You do NOT need any special knowledge about space and its features in order to participate and if you are not aware of it you will discover space policies are related to our daily lives and burning world issues. The idea is to bring the views of ordinary citizens to the decision makers. You will receive a magazine about space and its issues a couple of weeks before the meeting. At the meeting, you will be guided with video clips, a main speaker and one person will facilitate and guide discussions at each table.

Ziel der Beteiligung → Once the results are available and consolidated (first results will be available online on debate's day) they will be transferred to the **ESA's executive bodies.**

Attendance at the citizen consultation is free. Enrolment however is necessary and you are invited to **register online on the website www.citizensdebate.space** ← **Bewerbung / Antwort**

Wirkung → Turn your thoughts into space action by letting the persons involved in the decisions for the next space programme hear what you think. We hope to see you on 10 September!

Best regards,

<name and organization> ← **Kontakt**

Literatur und Links

Theorie der Zufallsauswahl:

Buchstein, Hubertus (2009). *Demokratie und Lotterie: Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU*. Frankfurt.

Vergne, Antoine (2013). *Kleros & Demos: la théorie du tirage au sort en politique au banc d'essai de la pratique de la Planungszelle et du jury citoyen*. Berlin. www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000093998

Athen:

Hansen, Mogens (1999). *The Athenian Democracy in the Age of Demosthenes: Structure, Principles, and Ideology*. 2. Auflage. London.

Venedig:

Finlay, Robert (1980). *Politics in Renaissance Venice*. London.

Planungszelle:

Allianz Vielfältige Demokratie und Bertelsmann Stiftung (2017). *Qualität von Bürgerbeteiligung. Zehn Grundsätze mit Leitfragen und Empfehlungen*. Gütersloh

Dienel, Peter C. (2009). *Demokratisch, Praktisch, Gut: Merkmale, Wirkungen und Perspektiven von Planungszellen und Bürgergutachten*. Bonn.

Bürgerforum:

Bertelsmann Stiftung (2015). *Bürgerforum: Informationen zur Planung und Durchführung des Beteiligungsformats*. www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/19_Kommunale_Buergerbeteiligung/ZD_Handbuch_BuergerForum_2015.pdf

G1000:

<http://g1000.org/de/index.php>

Irlands Verfassungskonvention 2012:

www.constitution.ie

<https://www.constitution.ie/Documents/BehaviourAndAttitudes.pdf>

Conseils Citoyens:

www.conseilscitoyens.fr

Alle Links wurden am 17.10.2017 überprüft.



Die Mitglieder der „Allianz Vielfältige Demokratie“

Moritz	Ader	OECD, Paris
Dr. Rolf	Alter	OECD, Paris
Professor Dr. Jürgen	Aring	vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Berlin
Marcel	Atoui	SPD Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Elisabeth	Baden-Prahl	Landeshauptstadt Hannover
Frauke	Bathe	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Berlin
Michaela	Bonan	Stadt Dortmund
Christiane	Boschin-Heinz	Stadt Paderborn
Dr. Volker M.	Brennecke	Verein Deutscher Ingenieure e. V., Düsseldorf
Dr. Alexandra	Bürger	Bayerische Staatskanzlei, München
Albertus J.	Bujard	Mitglied im Arbeitskreis Bürgerbeteiligung der Stadt Heidelberg
Marita	Bussieweke	Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Rainer	Carius	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart
Dr. Susanne	Cassel	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin
Christoph	Charlier	Abteilungsleiter a. D., Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Mainz
Gregor	Dehmel	Politik zum Anfassen e. V., Isernhagen
Dr. Christine	Dörner	Führungsakademie des Landes Baden-Württemberg, Karlsruhe
Almuth	Draeger	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Karin	Druba	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus Schleswig-Holstein, Kiel
Anne	Dwertmann	Jugendbildungsstätte Bremen LidiceHaus GmbH
Ute	Ehren	Stadt Detmold
Roland	Eichmann	Bürgermeister der Stadt Friedberg
Martina	Eick	Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau
Gisela	Erler	Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Ronald	Fahje	Parlamentwatch e. V., Hamburg
Norbert	Feith	Oberbürgermeister a. D. Solingen
Wolfgang	Feldwisch	Leiter Großprojekte a. D., DB Netz AG, Berlin
Dr. Björn	Fleischer	Open.NRW Geschäftsstelle, Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Ines	Franke	Stadt Freiburg
Lisa	Freigang	Deutscher Volkshochschul-Verband e. V., Bonn
Dr. Miriam	Freudenberger	Initiative Allianz für Beteiligung e. V., Stuttgart
Dr. Klaus	Freytag	Ministerium für Wirtschaft und Energie, Potsdam
Dr. Raban Daniel	Fuhrmann	Procedere Verbund, Konstanz
André	Gerling	Stadt Minden
Dr. Heribert	Gisch	Kommunalpolitische Vereinigung von CDU und CSU Deutschlands, Nohfelden
Ruth	Glörfeld	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Sandra	Gretschel	Stadt Regensburg
Dr. Markus	Grünwald	Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg, Potsdam
Franz-Reinhard	Habbel	Deutscher Städte- und Gemeindebund, Berlin
Gerald	Häfner	Ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlamentes, Vorstand Democracy International e. V., Dornach
Joachim	Hahn	Stadt Heidelberg

Thomas	Haigis	Stadt Filderstadt
Bernd	Hallenberg	vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. Bundesgeschäftsstelle, Berlin
Monika	Hanisch	Stadt Essen
Birger	Hartnuß	Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Mainz
Dr. Klaus-Peter	Heinrich	Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg, Potsdam
Michael	Heinze	Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Dr. Kurt	Herzberg	Der Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen, Erfurt
Ralph	Hiltrop	Stadt Witten
Anna	Hogeback	Landeshauptstadt München
Fredi	Holz	Sächsische Staatskanzlei, Dresden
Marie	Hoppe	Bremer Netzwerk Bürgerbeteiligung, Bürgerstiftung Bremen
Dr. Thomas	Huber	Bayerische Staatskanzlei, München
Dr. Jochen	Hucke	BeGeno16 – Baugenossenschaft „Besser Genossenschaftlich Wohnen von 2016“ eG, Berlin
Dr. Christian	Huesmann	Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Dr. Silke	Jansen	LANXESS AG, Köln
Frauke	Janßen	Bundes-SGK / Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Berlin
Dr. Christoph	Jessen	Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung, Kiel-Molfsee
Frank	Jessen	Integralis e. V., Duisburg
Imke	Jung-Kroh	Stadt Darmstadt
Stefan	Kämper	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Bonn
Eberhard	Kanski	Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e. V., Düsseldorf
Dr. Susanna	Kahlefeld	Abgeordnetenhaus von Berlin
Antje	Kapek	Abgeordnetenhaus von Berlin
Roswitha	Keicher	Stadt Heilbronn
Werner	Keil	KÖLN MITGESTALTEN – Netzwerk für Beteiligungskultur, Köln
Wolfgang	Klameth	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
Dr. Katja	Klee	Gemeinde Weyarn
Dr. Ansgar	Klein	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin
Wolfgang	Klenk	Breuninger Stiftung GmbH, Stuttgart
Jens	Kronsbein	Bezirksregierung Detmold
Dr. Thomas	Kuder	vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. Bundesgeschäftsstelle, Berlin
Manuel	Kühn	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Berlin
Dirk	Lahmann	Stadt Bonn
Dagmar	Langguth	Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Hannover
Ralf	Laumer	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Dieter	Lehmann	Stadt Schwäbisch Gmünd
Dr. Thomas	Letz	Senatskanzlei Berlin
Anja	Lutz	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Claudius	B. Lieven	Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Hamburg
Toni	Loosen-Bach	Stadt Trier

Meike	Lücke	Landkreis Wesermarsch, Regionalmanagement „Wesermarsch in Bewegung“, Brake
Dr. Dennis	Maelzer	Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen, Detmold
Dr. Dirk	Manthey	50 Hertz Transmission GmbH, Berlin
Andreas	Matthes	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Berlin
Dr. Siegfried	Mauch	Bereichsleiter a. D., Führungsakademie Baden-Württemberg, Stuttgart
Christoph	Meineke	Bürgermeister der Gemeinde Wennigsen/Deister
Nikolaj	Midasch	Landesjugendring Baden-Württemberg e. V., Stuttgart
Renate	Mitterhuber	Bundesministerium des Innern, Berlin
Heinz-Martin	Muhle	Stadt Hamm
Martin	Müller	Städtetag Baden-Württemberg, Stuttgart
Dr. Michael	Münnich	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Peter	Myrczik	Stadt Mannheim
Monika	Nickles	Stadt Erlangen
Claudine	Nierth	Mehr Demokratie e. V., Raa Besenbek
Dr. Asiye	Öztürk	Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
Monika	Ollig	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Hanna	Ossowski	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Gelsenkirchen
Michael	Paak	Stadt Sindelfingen
Dr. Andreas	Paust	Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Claudia	Peschen	Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH, Bonn
Timo	Peters	Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Professor Dr. Uwe	Pfenning	Lehrstuhl für Umwelt- und Techniksoziologie der Universität Stuttgart
Michaela	Piltz	Stadt Freiburg
Dieter	Posch	Staatsminister a. D., Hessen
Karin	Prien	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
Dr. Werner	Reh	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND), Berlin
Fabian	Reidinger	Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Dr. Bettina	Reimann	Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
Anna	Renkamp	Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Thomas	Richert	Stellvertreter der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten, Landtag Schleswig-Holstein, Kiel
Stefan	Richter	Stiftung Zukunft Berlin
Michael	Sack	Bürgermeister der Stadt Loitz
Michael	Schell	Stadt Wiehl
Daniel	Schily	Democracy International e. V., Köln
Robert	Schleider	Stadt Halle (Saale)
Rolf	Schmidt	Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Hannover
Michael	Schneider	Stadt Mühlheim am Main
Saskia	Schnell	Flughafen München GmbH
Michael	Schubek	FNP-Ausschuss Stadt Bergisch Gladbach
Anne	Schubert	Stadt Zella-Mehlis
Dr. Lilian	Schwalb	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin
Dr. Christiane	Schwarte	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Stephan	Siegert	Femern A/S, Kopenhagen
Hanns-Jörg	Sippel	Stiftung MITARBEIT, Bonn
Susanne	Socher	Mehr Demokratie e. V., München
Dr. Rainer	Sprengel	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin
Dr. Imke	Steinmeyer	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin

Dr. Manfred	Sternberg	Bundes-SGK / Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Berlin
Marius	Strecker	TenneT TSO GmbH, Bayreuth
Petra	Türke	Stadt Wolfsburg
Frank	Ulmer	Im Auftrag der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart
Martina van	Almsick	Bundesministerium des Innern, Berlin
Carola	Veit	Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Hamburg
Dr. Antoine	Vergne	Missions Publiques, Paris
Bernd	Villwock	Sprecher des Steuerungsgremiums, Gemeinde Weyarn
Ernst	Weidl	Gemeinderat Weyarn
Dr. Oliver	Weigel	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Hannes	Wezel	Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Annette	Wiese-Krukowska	Landeshauptstadt Kiel
Volker	Wilke	GAR / Kommunalpolitische Vereinigung GRÜNE ALTERNATIVE in den Räten NRW, Düsseldorf
Dr. Winfried	Wilkens	Landkreis Osnabrück
Mona	Winkelmann	Stadt Frankfurt am Main
Katrin	Wolter	Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser, Hildesheim
Evelyn	Wurm	Stadt Solingen
Frank	Zimmermann	Stadt Heidelberg

Impressum

© November 2017
Allianz Vielfältige Demokratie

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh
Tel.: +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich
Anna Renkamp

Der Leitfaden ist entstanden im Rahmen des Arbeitskreises „Integrierte Partizipation“ der „Allianz Vielfältige Demokratie“.

Autor
Dr. Antoine Vergne

Redaktion
Anna Renkamp
André Zimmermann

Mitwirkung
Dr. Rolf Alter
Prof. Jürgen Aring
Dr. Susanne Cassel
Dr. Christine Dörner
Almuth Draeger
Gisela Erler
Norbert Feith
David Goessmann
Dr. Markus Grünewald
Fredi Holz
Peter Myrczik
Claudine Nierth
Prof. Uwe Pfenning
Fabian Reidinger
Stefan Richter
Michael Schell
Daniel Schily
Robert Schleider
Michael Schneider

Dr. Christiane Schwarte
Bernd Villwock
Ernst Weidl
Frank Zimmermann

Lektorat
Helga Berger

Der Text dieser Publikation ist urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>



Die eingebundenen Grafiken, das Titelfoto, Fotos, Bilder, Illustrationen sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

Bildnachweis
Titel © Martin Barraud / iStockphoto.com;
Seite 2, 3, 5, 7, 12 © Thomas Kunsch; Seite 8 © ZU_09 / iStockphoto.com; Seite 14 © Tomml / iStockphoto.com; Seite 23 © sturti / iStockphoto.com; Seite 25 © mihailomilovanovic / iStockphoto.com

Grafikdesign
Dietlind Ehlers, Bielefeld

Druck
Hans Gieselmann Druck und Medienhaus GmbH & Co. KG

Wer ist die „Allianz Vielfältige Demokratie“?

Die „Allianz Vielfältige Demokratie“ ist ein Netzwerk aus 120 Vordenkern und Praktikern aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Sie wurde von der Bertelsmann Stiftung initiiert und am 1. Oktober 2015 gegründet. Die Allianz will die Bürgerbeteiligung stärken und einen Beitrag zu einem konstruktiven Zusammenwirken von dialogischer, direkter und repräsentativer Beteiligung leisten. Sie setzt sich für inklusive und breite Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen ein, um der sozialen Spaltung unserer Demokratie entgegenzuwirken.

Die Akteure aus Bund, Ländern und Kommunen arbeiten zusammen an der Gestaltung der vielfältigen Demokratie. Sie bringen hierfür ihre persönlichen Erfahrungen und ihre Expertise ein. Sie entwickeln, erproben und implementieren konkrete Lösungen für die demokratische Praxis.

Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Anna Renkamp
Telefon: +49 5241 81-81145
anna.renkamp@bertelsmann-stiftung.de



www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse

Koordination

„Allianz Vielfältige Demokratie“

Berlin Institut für Partizipation | bipar
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Telefon: +49 30 120 826 13
www.bipar.de
kontakt@bipar.de



Integrierte
Partizipation



Transparenz



Qualität



Breite
Beteiligung



Kompetenz